

*Petr Pithart*

## 1969-1989: FEHLT EIN BEGRIFF ODER EHER DER WILLE, ZU VERSTEHEN?

Die Periodisierung und Bezeichnung der Regime, die in den böhmischen Ländern bzw. der Tschechoslowakei nach 1939 geherrscht haben, ist kein Problem spitzfindiger Politologen oder Historiker, die davon besessen wären, alles in Schubladen einzuordnen oder Begriffe zu systematisieren. Vielmehr hat seine Lösung – oder auch Nichtlösung – großen Einfluss auf die praktische Politik. Die bisherigen Charakterisierungen des „beseitigten Regimes“, das vor dem November 1989 in der Tschechoslowakei herrschte, sind meiner Ansicht nach irreführend. Das ist umso bedenklicher, als eine von ihnen kürzlich sogar gesetzlich verankert wurde (!), nämlich im Gesetz über die Schaffung des „Ústav pro studium totalitních režimů“ (Institut für das Studium totalitärer Regime), mit dem zugleich eine problematische Datierung verbunden wurde: Ex lege existierte bei uns bis November 1989 ein totalitäres Regime. Auch was das neu gegründete Institut erforschen soll, wurde per Gesetz beschlossen. Vor diesem Hintergrund ist Miloš Havelkas „Versuch, in der tschechischen Entwicklung der Jahre 1938 bis 1956 eine innere Einheit auszumachen, ja diese als totalitäre Periode der modernen tschechischen Geschichte zu charakterisieren,“<sup>1</sup> bahnbrechend, kühn, zweifellos fruchtbar und erscheint mir akzeptabel. Wie ich in vorliegendem Aufsatz zu zeigen versuche, ist er nicht allein in theoretischer Hinsicht – um Ordnung in die Begrifflichkeit zu bringen – lohnend.

Insbesondere halte ich die – meines Wissens in dieser Vollständigkeit erste – Zusammenschau konkreter Zahlen über die mehr oder weniger erzwungenen Migrationsbewegungen von Teilen der Bevölkerung für wichtig: Sie zeigt, in welcher grundlegenden Weise die tschechoslowakische Gesellschaft durch die massenhafte Verschlebung einzelner Bevölkerungsgruppen beschädigt wurde – und zwar sowohl im geografischen als auch im sozialen Raum –, wie sehr sie ihrer gewachsenen Strukturen beraubt und umgeschichtet und in letzter Konsequenz homogenisiert wurde. Zugleich verhinderte das Regime natürliche geografische und soziale Wanderungsbewegungen. All diese Daten illustrieren, wie in den böhmischen Ländern die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, dass die Gesellschaft schließlich mit totalitären Methoden beherrscht werden konnte.

Havelka beurteilt die Zeit zwischen dem deutschen Einmarsch in die nach dem „Münchener Abkommen“ verbliebenen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik am 15. März 1939 und dem Jahr 1956 als totalitär. Um die Gültigkeit der aus seinem „Versuch“ gezogenen Schlussfolgerungen zu überprüfen, müssen aber zunächst die

---

<sup>1</sup> *Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: Bohemia 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 316.*

Herrschaftsformen kenntlich gemacht und benannt werden, die der „totalitären Periode“ vorausgingen und die auf diese folgten. Denn um die Verwendung des vorgeschlagenen Adjektivs für eine bestimmte Zeitspanne zu begründen, muss eine möglichst klare Abgrenzung von den Adjektiven vorgenommen werden, mit denen die Regime vor, aber auch nach den totalitären Jahrzehnten charakterisiert werden. Zweifellos handelte es sich in beiden Fällen um repressive Regime, jedoch sind wir bislang nicht in der Lage, das Wesen und das Ausmaß ihrer Repressivität treffend und allgemein akzeptiert zu benennen und so vom totalitären Regime abzusetzen. Kurzum: Das Adjektiv „totalitär“ wird sich nur dann als unstrittige Bezeichnung für eine bestimmte Periode der tschechischen Geschichte durchsetzen, wenn es gelingt, diese überzeugend von anderen undemokratischen, aber noch nicht oder nicht mehr totalitären Regimen zu unterscheiden.

Havelka bezeichnet die Zweite Republik (von „München“ 1938 bis zum 15. März 1939) als autoritär. Über die Zeit nach 1956 schreibt er, dass man diese „wohl nicht mehr“ als im ursprünglichen Sinne des Wortes totalitäre Form der Beherrschung der Massengesellschaft betrachten könne. Nach einigem Zögern charakterisiert er sie jedoch ebenfalls als autoritär, wobei er sich auf einzelne und insgesamt gesehen isolierte Aussagen, unter anderem von Václav Havel und Jiří Němec bezieht. Diese lehnen es ebenfalls ab, jene Jahre mit dem Totalitarismusbegriff zu belegen, im Unterschied zu Havelka geben sie sich jedoch mit der rein auf den zeitlichen Ablauf bezogenen Bezeichnung „post-totalitär“ zufrieden. Im Schlussteil seines Aufsatzes beruft sich der Autor dann auf den Definitionsversuch Ralf Dahrendorfs: „Autoritäre Regierungen hingegen leben von der Apathie der Bürger, die ihren eigenen, ‚privaten‘ Interessen nachgehen, während eine Nomenklatura das öffentliche Interesse in eines zur eigenen Machterhaltung verwandelt hat“.<sup>2</sup>

Ausgehend von Havelkas Überlegungen möchte ich folgende Hypothese zur Diskussion stellen: Die Herrschaftsform, der die Massengesellschaft zwischen 1969 und 1989 unterworfen war, war nicht totalitär (wie man das bei uns verstand), aber auch nicht autoritär (wie man das in der demokratischen Welt überwiegend annahm und bis heute annimmt). Dass es sich nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ um kein totalitäres System handelte, bedeutete aber keineswegs einen leichteren Übergang zur Demokratie nach 1989. Das lag vor allem an der unreflektierten Charakterisierung des „beseitigten Regimes“ mit dem irreführenden Adjektiv „totalitär“ und an dementsprechenden machtpolitischen Entscheidungen in der Politik der Transformationsphase.

Das repressive und ökonomisch erfolglose Regime der so genannten Normalisierungs-Zeit war nicht nur außerstande, die tschechoslowakische Gesellschaft zu mobilisieren – was als allgemein anerkanntes Merkmal totalitärer Regime gilt –, sondern verlor auch die Fähigkeit, das Alltagsleben der Gesellschaft zu kontrollieren, und damit die eigenen totalitären Ambitionen. Andererseits lähmte es auch weiterhin weitestgehend jene Sphären des öffentlichen Lebens, die autoritäre Regime in der Regel gleichgültig „leben lassen“ und mehr oder weniger tolerieren, was später den

<sup>2</sup> Vgl. *Dahrendorf, Ralf: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert. München 2003, 127.*

Übergang zur Demokratie begünstigt. Die zunehmend größere „Durchlässigkeit“ des Normalisierungsregimes – schließlich fand das authentische Leben hier und da seine Nischen – ist ausschließlich dem Kräfteschwund des Regimes zuzuschreiben, keineswegs der Einsicht oder gar dem Willen zur Toleranz.

Die Tatsache, dass es letztlich nicht gelingt, das „beseitigte Regime“ mit einer adäquaten Bezeichnung zu versehen (oder dass wir uns aus bestimmten Gründen nicht einmal darum bemühen), und dass wir also seine Funktionsweisen und insbesondere sein Beharrungsvermögen nicht verstehen, hatte und hat bis heute ernsthafte Konsequenzen für die Transformation der tschechoslowakischen, später tschechischen Gesellschaft seit 1989. Vor allem die fehlende „Inventur“ der Ausgangslage, ein mangelndes Verständnis für die Funktionsweisen des „beseitigten Regimes“ oder geradezu irreführende Vorstellungen von seinem Wesen führten beim Übergang von einem nichtdemokratischen Regime zu einer demokratischen Verfassung, zum Rechtsstaat und zur Marktwirtschaft in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einer Reihe vermeidbarer Fehlentscheidungen bzw. dazu, dass richtige Entscheidungen unterblieben. Insbesondere resultierten diese Faktoren in einer unangemessenen Abfolge der Transformationsschritte, die insgesamt mit allzu großer Eile unternommen wurden. Die Konflikte in Bezug auf das Tempo und die Abfolge der einzelnen Schritte des wirtschaftlichen Umbaus gipfelten in einem künstlichen Dilemma. Es schien nur zwei Möglichkeiten zu geben: Entweder radikal und schnellstmöglich die von den Neoliberalen geforderten Marktbedingungen herzustellen oder mit einem sorgfältigen und geduldigen Aufbau von Marktinstitutionen bzw. der Formulierung von Regeln für den Markt zu beginnen. Eine vernünftige Kombination beider Akzentsetzungen wäre zweifellos möglich gewesen. Tatsächlich waren aber die „Institutionalisten“ den Neoliberalen lange unterlegen und haben schließlich auf ganzer Linie verloren.

Zwei Deutungsmuster standen einander gegenüber: Dem einen zufolge war das „beseitigte Regime“ totalitär, dem anderen zufolge „autoritär“ gewesen. Ob explizit formuliert oder implizit vorausgesetzt, in beiden Fällen handelte es sich um unreflektierte Zuschreibungen, aus denen eher intuitiv als gründlich durchdacht weitreichende Entscheidungen abgeleitet wurden. So wurde gefolgert, dass der Transformationsprozess besonders im Bereich der Wirtschaft nur geringer Regulierungen bedürfen werde und der rechtliche Rahmen dieses Prozesses erst „während die Sache im Gange ist“, oder sogar *ex post* geschaffen werden könnte. Man vertraute darauf, dass die Spontaneität der neu entstehenden Ordnung, vor allem der „Markt selbst“ bzw. dessen „unsichtbare Hand“ für rechtzeitige Korrekturen beim Umbau des Wirtschafts- wie des Sozialsystems sorgen werde, und dass der erfolgreiche Übergang in kürzester Zeit durchgeführt werden könne – oder sogar müsse.

Der Begriff „Regulierung“ geriet zu einem Schreckbild, wobei seine Bedeutung demagogisch verengt wurde: Die Protagonisten des siegreichen Transformationskonzepts verstanden darunter nicht etwa die Einführung verbindlicher Regeln für den Markt, sondern verpflichtender Kennziffern („wie viel wovon“). In den Jahren zwischen 1992 und 1995 wurden die Slogans „Möglichst wenig Regulierung“ und „Marktwirtschaft ohne Attribut“ wie Mantras unablässig beschworen.

Diese Behauptungen, gegen die Einwände nichts ausrichten konnten, führten mit der Zeit in breiten Bevölkerungsschichten zu einem Gefühl der Enttäuschung. Man

beteuerte, die Revolution sei nicht vollendet oder letzten Endes verraten worden, oder beklagte sogar, dass der vorherige Zustand letztlich fortgesetzt worden sei, kurzum: Dass aufgrund des schwachen Staates die „alten Strukturen“ mit ihrem sozialen Kapital erneut an die Macht, zu Einfluss und auf dem freien Markt gewiss auch zu einigem Reichtum gelangt seien. Viele Menschen verloren daraufhin das Vertrauen in die Gerechtigkeit, das politische System, die parlamentarische Demokratie, die Marktwirtschaft. Eine dauerhafte Folge der Ungeduld der Ökonomen, die sich im Zuge der Reform programmatisch von den Juristen absetzten, war das stetig schwindende Vertrauen in die Durchsetzbarkeit des Rechts, allgemeiner gesprochen in die Gerechtigkeit. Das „Vertrauen“ als wichtigster Posten sozialen Kapitals ist in der tschechischen Gesellschaft geringer ausgeprägt als in vergleichbaren postkommunistischen Ländern. Zumindest der subjektiven Wahrnehmung nach sind korrupte Praktiken in Tschechien ziemlich verbreitet. Die Gesellschaft ist politisch gespalten, das parlamentarische Leben von „null Toleranz“ sowie von einer Linken und einer Rechten, die sich unversöhnlich gegenüberstehen, gekennzeichnet. Insgesamt gesehen waren die Kosten des tschechoslowakischen Transformationsprozesses hoch, wenn nicht sogar viel höher als erwartet.

Die Gründe für all diese unerfreulichen Entwicklungen hängen mit unserer terminologischen Debatte zusammen: Die Vorstellungen darüber, ob das „beseitigte Regime“ ein autoritäres oder ein totalitäres gewesen sei, führten und führen in Bezug auf die Erwartung, wie einfach oder schwierig sich der Übergang gestalten würde, in die Irre. Das liegt vor allem daran, dass die Wirkung informeller Normen, über lange Zeit eingeübter Verhaltensmuster nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Im weiteren Sinne handelt es sich um eine Unterschätzung dessen, wofür sich die Bezeichnung „Pfadabhängigkeit“ eingebürgert hat, also um die Abhängigkeit von jenem Weg, der in der Vergangenheit eingeschlagen worden war. Nach 1989 rechnete man einfach nicht damit, dass sich alte informelle Regeln als dauerhafter erweisen würden als neue formalisierte Normen. Vor allem erwartete man nicht, dass die Praktiken des „sozialistischen Marktes“ (Schwarzmarkt, Schattenwirtschaft bzw. „graue Ökonomie“) wirksam bleiben würden und somit auch der faktische Einfluss derer, die ihre Existenz erfolgreich mit einem dieser „Märkte“ verbunden hatten, d.h. der de jure wie vor allem de facto Privilegierten fort dauern würde. Die gewohnheitsmäßige illegale Bereicherung durch skrupellose Einzelne setzte sich am entstehenden Markt als parasitäre Praktik fort. So wurden die neu eingeführten allgemeinen Regeln von Anfang an gebeugt und untergraben, während der Staat sich programmatisch von der Bühne zurückzog.

Dieser „sozialistische“, d. h. deformierte Markt hat nach 1969 einerseits die Lebenszeit des Normalisierungsregimes verlängert, weil es ihm gelang, einige Versorgungsengpässe zu überbrücken und darüber hinaus einen Teil der Gesellschaft zu saturieren und zu befrieden. Nach 1989 bremste er andererseits, weil er nicht genug beachtet und somit unterschätzt wurde, den Übergang zur Demokratie und zu einem allgemein akzeptierten politischen und sozialen System. Er infizierte gewissermaßen die neu entstehenden Verhältnisse mit unmoralischen Praktiken, die (in der Sprache der Neoliberalen) gleichsam untrennbar mit ihm verbunden zu sein scheinen, wie eine Art „Tribut“, den es für die gewonnene Freiheit angeblich zu entrichten galt.

Der Übergang von einem autoritären Regime zu einer anderen Regierungsform pflegt in der Tat einfacher zu sein als der Übergang von einem totalitären Regime: Denn im ersten Fall kann man tatsächlich mit der Eigenschaft autoritärer Regime rechnen, den unpolitischen Formen des öffentlichen Lebens mehr oder weniger indifferent gegenüber zu stehen, vor allem aber kann man auf die Existenz eines rechtlich regulierten Marktes sowie auf lebendige Überreste einer Bürgergesellschaft bauen. Die These allerdings, es habe sich in der Tschechoslowakei um einen Übergang aus einem totalitären Regime gehandelt, täuscht in Bezug auf die Möglichkeiten der Transformation: Sie veranschlagt die machtpolitischen Möglichkeiten des Staates zu hoch und rechnet eben darum nicht mit dem Beharrungsvermögen „störender“ Erscheinungen wie der informellen Normen. Paradoxe Weise führten beide Sichtweisen aufgrund ihres mangelnden Reflexionsgrades dazu, dass diejenigen, die die Transformation durchführten, diesen Vorgang für einfacher hielten, als er tatsächlich war.

Eine terminologische Anmerkung: Ich ziehe das Adjektiv „autoritářský“, eventuell „autoritární“, dem Adjektiv „autoritativní“ vor;<sup>3</sup> letzteres verweist auf das Phänomen der Autorität als natürlicher Fähigkeit zur Führung. Autorität muss jedoch nicht zwangsläufig im Widerspruch zur menschlichen Freiheit stehen, sondern kann frei akzeptiert und angenommen werden. Zugleich gebe ich dem Adjektiv „totalitární“ bzw. „totalitářský“ den Vorzug vor dem Begriff „totalitní“,<sup>4</sup> da letzterer auf eine bereits erfüllte oder noch zu erfüllende Zielvorstellung verweist, während es de facto immer nur um eine Tendenz geht. Dabei bin ich mir bewusst, dass die Medien und auch die Öffentlichkeit weiterhin eher die gewohnten Begriffe verwenden werden, insbesondere das beliebte „totáč“.<sup>5</sup> Der letztgenannte Ausdruck ist als summarische Charakterisierung der Verhältnisse unter dem „früheren Regime“ wohl deswegen so verbreitet, weil er eher ein höheres als ein geringeres Maß an Repressivität anzeigt, also suggeriert, dass es unmöglich gewesen sei, sich nicht unterzuordnen, sich nicht zu ergeben, und noch weniger, sich dem Regime aktiv entgegenzustellen. Diese von einem impliziten Alibismus motivierte Wortwahl, über die zu moralisieren sinnlos wäre, die man aber konstatieren sollte, besitzt weit größere Überzeugungskraft als die feinsinnigste Argumentation der Politologen: Dem totalitären Regime mussten wir uns, kurz gesagt, alle beugen ...

Meiner Ansicht nach lassen sich totalitäre Regime durch eine reine Aufzählung von Merkmalen nicht vollständig erfassen: So zeichnete sich zum Beispiel das totalitäre Regime der Nationalsozialisten nicht dadurch als repressives Regime aus, dass es dort eine zentral gelenkte Wirtschaft und ein Staatseigentum an den Produktionsmitteln gegeben hätte (das letzte der sechs „Grundmerkmale“ eines totalitären

<sup>3</sup> Eine analoge Unterscheidung ließe sich im Deutschen zwischen „autoritär“ und „autoritativ“ treffen.

<sup>4</sup> Diese Unterscheidung kann im Deutschen nicht nachgebildet werden, alle aufgeführten Adjektive wären mit „totalitär“ zu übersetzen.

<sup>5</sup> Bei dem Substantiv „totáč“, das sich nicht ins Deutsche übersetzen lässt, handelt es sich um eine umgangssprachliche Abkürzung. Sie wird meist in der umgangssprachlichen Wendung „za totáče“ benutzt, die „zur Zeit des Totalitarismus“ bedeutet.

Systems, wie es von Carl J. Friedrich gleichsam kodifiziert wurde<sup>6</sup>). Vielmehr liegt, wie ich meine, ein wesentlicher und zugleich hinreichender Charakterzug totalitärer Regime in ihrer Grundintention: Sie trachten danach, alle ständig zu mobilisieren und durch diese Mobilisierung nicht nur das alltägliche Verhalten der Menschen zu beherrschen, sondern auch ihre „Seelen“ einzunehmen – sie also dazu zu bringen, dass sie wirklich glauben, was sie tun und sagen. In dieser Hinsicht hat Jiří Suk die Verhältnisse, die in der Tschechoslowakei während der 1950er Jahre herrschten, treffend als „proselytisch-inquisitorische Totalität“ beschrieben.<sup>7</sup> Der Schutz der eigenen Rechte ist dort nur sehr eingeschränkt oder überhaupt nicht möglich. Dasselbe gilt für die (Nicht-)Erzwingbarkeit der Einhaltung von Verträgen.

Mit der Charakteristik „totalitär“ verbindet sich geradezu automatisch die Vorstellung von einem starken, alles beherrschenden Staat. Indessen war der tschechoslowakische Staat in den zwei Jahrzehnten der Normalisierung eher „umfanglich“ als stark. Denn es ging ihm primär darum, in so viele Sphären des gesellschaftlichen Lebens wie möglich einzugreifen, die Reichweite staatlicher Macht war vom Begriff her unbegrenzt. Demgegenüber war sein Vermögen, die gesetzten Ziele zu erreichen, einschließlich der Fähigkeit, die Einhaltung der selbst aufgestellten Regeln durchzusetzen, eher gering. Diese Schwäche der staatlichen Macht war aber nicht erkennbar, und zwar nicht aufgrund der übermäßig eingesetzten Repression, sondern vor allem deshalb, weil die (Bürger-)Gesellschaft ebenfalls schwach war. Die Stärke oder Schwäche eines Staates darf nicht mit dem Maß an staatlicher Interventionen verwechselt werden, sie zeigt sich am ehesten im tagtäglichen Kräftemessen mit der Bürgergesellschaft.

Autoritäre Regime sind zwar ebenfalls repressiv, ihre Ambitionen haben aber eine ganz andere Qualität als diejenigen totalitärer Regime. In diesem Unterschied zeigen sich die Charakteristika autoritärer Regime besonders deutlich: Außerhalb des politischen Raumes, den sie nicht anders als totalitäre Regime mit aller nur denkbaren Brutalität hüten (sogar gegen den zartesten Keim einer Opposition im Land wie außerhalb), haben autoritäre Regime keine Ambitionen, das Handeln oder Denken der Menschen zu beeinflussen oder zu kontrollieren. Sie mobilisieren nicht, kontrollieren nicht und haben es nicht nötig, sämtliche Formen öffentlichen Lebens zu synchronisieren. Sie erhalten lediglich den Status quo aufrecht. In autoritären Regimen ist es auch möglich, die eigenen Rechte zu wahren und die Einhaltung von Verträgen einzufordern.

Wie bereits gesagt, dienten beide irrigen Vorstellungen vom Wesen des Regimes, das vor 1989 herrschte, zur Rechtfertigung der Tendenz, keine allzu hohen Anforderungen an die Schaffung eines rechtlichen Rahmens insbesondere für die ökonomische Transformation zu stellen. Mit anderen Worten: Es wurde insgesamt wenig Re-

<sup>6</sup> Vgl. Friedrich, Carl Joachim / Brzezinski, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur. In: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. 2. Aufl. Baden-Baden 1999, 225-236, hier 230 f.

<sup>7</sup> Suk, Jiří: Od nemožnosti politiky k politice jako umění možného [Von der Unmöglichkeit der Politik zur Politik als Kunst des Möglichen]. In: Gjuríčová, Adéla / Kopeček, Michal (Hgg.): Kapitoly z dějin české demokracie [Kapitel aus der Geschichte der tschechischen Demokratie]. Praha 2008, 16-51.

gulierung eingefordert, was das Tempo der Transformation entscheidend beeinflusste. Die „Schocktherapie“ oder zumindest der große Druck auf die Geschwindigkeit der Transformation erschwerte die Schaffung angemessener rechtlicher Rahmenbedingungen oder schloss diese geradezu aus. Insbesondere die hohe Geschwindigkeit des Privatisierungsprozesses wurde explizit damit gerechtfertigt, dass es notwendig sei, die Phase des Übergangs so kurz wie möglich zu halten, um eine „Vor-Privatisierungs-Agonie“ zu verhindern. Ich bin nicht sicher, ob sich diese Agonie hätte verhindern lassen, dagegen bin ich sicher, dass es anstatt dessen zu einer „Nach-Privatisierungs-Desillusionierung“ kam, die in gewisser Weise bis heute andauert. Der Umbau der Ökonomie mag vielleicht beschleunigt worden sein, allerdings um den Preis einer entscheidenden Verlangsamung bzw. Aufschiebung der rechtlichen Neuordnung und der damit zusammenhängenden Veränderungen im Rechtsbewusstsein der Gesellschaft. Die Herrschaft des Gesetzes und der Rechtsordnung muss wichtiger sein als eine schnelle Privatisierung – sagte Milton Friedman im Nachhinein. Später konstatierte auch Francis Fukuyama, dass es zur Beschränkung staatlicher Intervention geeigneter Maßnahmen bedarf, um die verbleibenden Institutionen zu stärken. Beiden Empfehlungen wurde kein Gehör geschenkt, und ich hoffe, dass dem nichts Schlimmeres als die Tatsache zugrunde lag, dass der Einfluss informeller Verhaltensmuster aus den Jahrzehnten des „Sozialismus“ bzw. die allzu lang anhaltende Nichtübereinstimmung von formellen und informellen Regeln unterschätzt wurde. Gehen wir noch tiefer, stoßen wir auf eine ungenügende Berücksichtigung der kulturhistorischen Verschiedenheiten in den jeweiligen Ländern, die diese Transformation durchmachen – Näheres dazu weiter unten im Zusammenhang mit dem so genannten Washington Consensus.

Wenn sich die Reformer insbesondere bei der Privatisierung von Staatseigentum nicht tatkräftig darum bemühen, die unkontrolliert wuchernde Sphäre der grauen Ökonomie einzugrenzen, dann lassen sie zu, dass das „soziale Kapital“ genau derer seinen Einfluss behält, die bereits an dieser Ökonomie partizipiert haben und weiterhin in Netzwerken aus Bekanntschaften und Schuldigkeiten, die sich gegen die Machtstrukturen herausgebildet hatten, partizipieren. Die Folgen der Reformanstrengungen werden dann andere sein als erwartet und diese werden zu einer wachsenden Enttäuschung und Delegitimierung einiger Elemente der Transformation führen.

Im Sinne von Dahrendorfs Unterscheidung zwischen totalitären und autoritären Regimen lässt sich das Normalisierungsregime (1969-1989) insgesamt gesehen nicht als totalitär charakterisieren. Einstweilen bietet sich allerdings keine andere Bezeichnung an als „post-totalitär“. Dieses Adjektiv ist aber nicht nur ein Eingeständnis terminologischer Ratlosigkeit (tatsächlich erklärt die Vorsilbe „post“ nichts); es stellt auch eine Kapitulation vor der wichtigsten Frage überhaupt dar: Warum und wie konnte sich dieses offensichtlich ineffektive, nicht überzeugende und ungerechte Regime so lange halten und weshalb ruft es noch immer so viel Nostalgie hervor? Wäre es totalitär gewesen, gäbe es keinen Grund zur Diskussion, denn so einem Regime vermögen nur Helden zu widerstehen. War es aber nicht totalitär, bleibt wohl nichts anderes übrig, als diese unangenehmen Fragen zu verdrängen ...

Um ein totalitäres Regime handelte es sich während jener zwei Jahrzehnte aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht. Das Regime der Normalisierungsjahre von 1969 bis 1989 gab nur vor, die Bevölkerung weiterhin unablässig zu mobilisieren – das heißt, es gab seine absoluten, „totalen“ ideologischen Ansprüche nicht auf. Diese Vorspiegelung war aber bereits wirkungslos und konnte niemanden mehr täuschen, letztlich nicht einmal jene, die so taten, als würden sie die Menschen mobilisieren. Wie in einem paradoxen Geheimabkommen erhielten sowohl diejenigen, die diese Illusion erzeugten, als auch diejenigen, auf die diese wirken sollte, die symbolischen Kulissen und die sinnentleerten Rituale des totalitären Betriebs resigniert aufrecht. Dabei war aber bereits keine andere wesentliche Bewegung mehr erkennbar als das Bewahren und Konservieren des Status quo.

Von einem totalitären Regime unterschied sich das Normalisierungssystem aber auch dadurch, dass die Dämme, die es gegen die spontane Bewegung der Gesellschaft errichtet hatte, bereits nicht mehr undurchlässig waren: Informationen, kulturelle Gewohnheiten, Elemente eines anderen Lebensstils wie die Konsumorientierung drangen von außen ein, auch das System der „Zuweisungen“, das die soziale Mobilität gesteuert hatte, fand ein Ende. Weitere Beispiele ließen sich unschwer nennen.

Brežněvs treffender Ausdruck „real existierender Sozialismus“, der die sozialistische bzw. kommunistische Idee endgültig und überraschend zynisch der mobilisierenden, d. h. utopischen Elemente dieser Ideologie entledigte, taugte nicht zur Mobilisierung. Ich übersetze ihn vielmehr als resignierten Warnruf: Lasst alle Hoffnung fahren, besser wird es nie werden, einen anderen als unseren real existierenden (armeligen) Sozialismus gibt es nicht. Er lässt sich höchstens als schäbiges Deckmäntelchen aufrechterhalten, das den machtpolitischen Status quo legitimiert.

Dass die Unterschiede zwischen diesen Regime-Typen nicht respektiert wurden bzw. das „beseitigte Regime“ falsch charakterisiert wurde, hatte meiner Ansicht nach sehr ernsthafte Konsequenzen für die gesellschaftliche Transformation, und zwar insbesondere beim Übergang von der Plan-(Befehls-) zur Marktwirtschaft. Zu den genannten Fehleinschätzungen kam es aber nicht nur hierzulande, sondern auch im globalen Maßstab. So ging zum Beispiel der „Washington Consensus“ von 1990, eine Auflistung inoffizieller, aber nichtsdestoweniger autoritativer Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank für den Übergang zur Marktwirtschaft, primär von den Erfahrungen aus, die bei der Konsolidierung der südamerikanischen Ökonomien gemacht worden waren, als diese von autoritären – mitnichten totalitären – Regimen zu marktwirtschaftlichen Demokratien wurden. Diesem Paradigma fehlte zunächst einmal jedes Gespür für die kulturhistorischen und institutionellen Unterschiede zwischen Südamerika einer- und Mittel- und Osteuropa andererseits. Erst später wurde damit begonnen, mit dieser Formel die gesamte neoliberale Agenda abzudecken. In der Folge wurde das Potenzial der postkommunistischen Regime, sich in Richtung einer normalen Marktwirtschaft zu entwickeln, stark überschätzt. Autoritäre Regime zerstören die Grundlagen für diesen Wandlungsprozess in der Regel nicht. Unterschätzt wurde hingegen der institutionelle Rahmen, dessen die Wirtschaft bedarf. In erster Linie wurde nicht gesehen, dass ein geregelter Kapitalmarkt fehlte. Offensichtlich setzte man stillschweigend voraus, die Privatisierung werde „von sich aus“ zu einem Bedürfnis nach der Entwicklung einer

Marktinfrastuktur einschließlich der entsprechenden „Spielregeln“ führen. Kurz gesagt: Die westlichen Theoretiker neigten dazu, die Institutionen des Kapitalismus in den postkommunistischen Ländern vorauszusetzen und die tief verwurzelten informellen Verhaltensmuster und Normen, die in den Praktiken der grauen Ökonomie zum Tragen kommen, zu bagatellisieren. Man müsste genauer untersuchen, ob das Problem des „Washington Consensus“ möglicherweise weniger in den Empfehlungen selbst, als vielmehr in der tschechoslowakischen Umsetzung bestanden haben könnte. Ob nicht etwa seine hiesigen Interpreten ihr „soziales Kapital“ zu ihrem eigenen Vorteil einsetzten, zum Beispiel in den Positionen, in denen sie der Umbruch vom November 1989 überraschte.

Wie bereits gesagt, fehlte es dem „posttotalitären“ Regime zwar an Energie, um die Massen zu mobilisieren, es hatte aber immer noch genug Kraft, die Gesellschaft in einem gelähmten Zustand der Zersplitterung und Atomisierung zu halten, der sich durch das Fehlen einer lebendigen Bürgergesellschaft auszeichnete. In diesem Zustand hielt das Regime die Gesellschaft unter anderem durch seine scheinheilige Haltung zu Marktbeziehungen gefangen, welche keine gesetzliche Basis hatte, sondern in ihrem Wesen selbst pervertiert war: De facto tolerierte es den Schwarzmarkt und die graue Ökonomie und schuf so ein pervertiertes soziales Kapital – Seilschaften, die letztlich auch entgegen ideologischer Loyalitäten entstanden – und schließlich in die entstehende Marktwirtschaft eingingen (z.B. beim Insiderhandel). So führte der „Washington Consensus“, der eine rasche Transformation empfahl, das Land beim Umbruch zu Demokratie und Marktwirtschaft auf ungeeigneten Wegen zu unerwünschten Ergebnissen. Später wurde diese Empfehlung auch aus den eigenen Reihen vernichtender Kritik, ja sogar Selbstkritik unterzogen – so etwa von Seiten des ehemaligen Chefökonomens der Weltbank, Joseph Stiglitz. Für eine Korrektur war es da längst zu spät.

Aufgrund der irrigen Vorstellung, es habe sich in der Tschechoslowakei um die Transformation eines totalitären Regimes gehandelt, wurde unweigerlich auch das Ausmaß unterschätzt, in dem die staatliche Befehlswirtschaft bereits mit der grauen Ökonomie verwachsen war, die nach 1989 allgemein als „Korruption“ bezeichnet wurde. Völlig überschätzt wurde hingegen die Möglichkeit, selbstständig nach angemessenen rechtlichen Regulierungen zu suchen und diese auch zu finden. Diese Annahme basierte nämlich implizit auf der naiv legalistischen Voraussetzung, dass das Eigentum an Produktionsmitteln ungebrochen – dem gültigen sozialistischen Recht entsprechend – tatsächlich in der Hand des Staates gelegen habe. Stillschweigend wurde von der Illusion ausgegangen, das im Grundbuch verzeichnete Eigentum sei das wirkliche Eigentum und die Privatisierung könnte daher so durchgeführt werden, als ginge es um Staatseigentum (wie zum Beispiel im Großbritannien Margaret Thatchers). Tatsächlich handelte es sich oft nur noch dem Namen nach um staatliches Eigentum: Das „positionsbedingte Eigentum“ der Manager sozialistischer Unternehmen machte das Staatseigentum häufig zur Fiktion, zu einem Begriff, einer übriggebliebenen ideologischen Kulisse für die tatsächlichen Beziehungen zwischen „Lieferant und Abnehmer“. Diese funktionierten – auch zwischen sozialistischen Unternehmen, angefangen bei kleinen Geschäften, wenn es etwa einmal an Obst oder Gemüse mangelte, bis zur höchsten Ebene – auf der Grundlage wechsel-

seitig geleisteter Dienste jeder Art, selbstverständlich ohne allgemeingültige formalisierte Regeln, ohne Steuerpflicht und auch ohne jedwede Finanzkontrollen. Während der Privatisierung verschaffte die Fiktion vom „Staatseigentum“ nicht nur den sozialistischen Managern, sondern überhaupt den Leuten aus der Unterwelt der grauen Ökonomie einen beträchtlichen Vorsprung vor allen anderen. So waren sie und nicht etwa der Staat bereits einige Zeit vor dem November 1989 die faktischen Eigentümer des „Staatseigentums“.

Um die Transformationsprozesse gegen die Folgen dieser metastasierenden grauen Ökonomie abzusichern, hätte es eines effektiven rechtlichen Rahmens bedurft. Vor allem wäre die rechtzeitige Schaffung und Regulierung eines Kapitalmarkts angezeigt gewesen, die Einführung wirksamer Regeln für Konkurs und Vergleich, die unsichtige Definierung der Möglichkeiten für Gründer von Investment- oder Privatisierungsfonds, über die schließlich die massivste Form der Privatisierung abgewickelt wurde. Die Gründer-Verwalter dieser Fonds hätten nie die Möglichkeit erhalten dürfen, frei über das Eigentum zu verfügen, das ihnen die Aktionäre – ehemalige private Kuponinhaber aus der ersten Runde der Kuponprivatisierung – anvertraut hatten. Staatliche oder halbstaatliche Banken hätten nicht unter derart anspruchslosen Bedingungen entstehen dürfen, man hätte sie unter Aufsicht stellen müssen, vor allem aber hätten sie nicht als letzte privatisiert werden dürfen, sondern eher als erste Geldinstitute, und so weiter und so fort. So aber konnte es geschehen, dass „alten Bekannten“, oder Leuten, die Fürsprecher aus der Politik hatten, riesige Kredite gegeben wurden. Einige Jahre lang war das Staatseigentum vollkommen ungeschützt – vor allem deshalb, weil es zuvor auf privilegierte Weise geschützt worden war. In diesem absurden Zustand spiegelte sich unter anderem die Vorstellung wider, der Staat sei vor dem Umbruch zu stark – weil angeblich „totalitär“ – gewesen, was dahingehend korrigiert werden müsse, dass er in Zukunft ein schwacher Staat sein werde. De facto verließ der Staat die Bühne, auf der sich die Privatisierung abspielte, nahezu vollständig.

Einer der Wege, um Auswüchse dieser Art zu verhindern, wäre die solide Privatisierung von Schlüsselunternehmen mit Mehrheitsbeteiligung ausländischer Firmen gewesen. Die Regierung, die in der Tschechischen Republik bis 1992 an der Macht war, verfolgte diese Strategie und erhoffte sich von ihr für die jeweilige Branche eine positive „Ansteckungswirkung“. Anfang der 1990er Jahre erwies sich dieses Vorgehen aber als politisch kaum durchführbar, was ich aufgrund eigener Erfahrungen mit der Privatisierung des Škoda-Automobilwerks in Mladá Boleslav bezeugen kann. Denn den ausschlaggebenden Akteuren der Transformation diente neben neoliberalen Schemata der ökonomische Nationalismus als Richtschnur.

Viele dieser Entwicklungen blieben der Öffentlichkeit lange Zeit verborgen. Die expliziten Aufforderungen an die Ökonomen, „die Flucht vor den Juristen zu ergreifen“, bedeuteten zumindest so, wie sie unglücklicherweise verstanden wurden, eine klare Resignation vor der faktischen Kraft informeller Verhaltensmuster und machten es möglich, dass Praktiken der grauen Ökonomie des real existierenden Sozialismus auf verschiedenste Art in die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse „hinübertransformiert“ wurden, wo sie niemals hingehört hätten. Der ursprüngliche Aufruf „zur Flucht“ spiegelte nur den realen Unterschied zwischen dem Stand der

Ökonomen und dem der Juristen wider, von denen erstere auf die Reformen theoretisch vorbereitet waren, während letztere es eben nicht waren. Verstanden wurde er jedoch als Aufforderung, so weit wie möglich ohne hemmende, den Lauf der Dinge verkomplizierende rechtliche Regulierungen auszukommen.

Hätte es sich bei dem „beseitigten Regime“ tatsächlich um ein totalitäres gehandelt, wären Praktiken, wie diejenigen, die (wenn auch unter fremdem Namen) während der „Normalisierung“ die Wirtschaft in Gang gehalten und dafür gesorgt hatten, dass Versorgungsengpässe nicht zu größerer Instabilität führten, nicht möglich gewesen. „Schwarzhändler“ und „Spekulanten“ wären auf schnellstem Wege liquidiert worden.

Diese Form der Beherrschung der Gesellschaft, für die wir nach wie vor keinen Namen haben, zeichnet sich meiner Ansicht nach durch folgende Merkmale aus:

1) Die Gesellschaft ist durch die totalitären Praktiken der Vergangenheit dauerhaft zerschlagen und atomisiert, so dass es eine Bürgergesellschaft im eigentlichen Sinne, nämlich in ihrer Spontaneität, nicht gibt.

2) Der repressive Charakter des Regimes dauert fort: Die Opposition wird bekämpft, zugleich werden aber auch Versuche zur Legalisierung der Marktbeziehungen wie auch Bestrebungen, die Rechtsordnung, namentlich das Vereinigungs- und Versammlungsrecht zu reformieren, abgeschmettert.

3) Scheinheiligkeit als Massenphänomen, das heißt die parallele Existenz zweier scheinbar unvereinbarer Realitäten, nimmt zu: Auf der einen Seite steht das „wirkliche“ Leben, auf der anderen Seite das offizielle „Als-ob“-Leben.

4) Vereinbar sind diese Realitäten letztlich deswegen, weil sie beide bereits ermüdet und verbraucht sind und auf jedwede ernsthaft gemeinten Veränderungen verzichten. Sie haben keinerlei Ambition mehr, einander zu bekämpfen, zu verändern oder zu beherrschen, obgleich sie prinzipiell unverträglich sind; in Formeln wie „real existierender Sozialismus“, „das Leben ist anderswo“ oder „wir und die“ kommt dies zum Ausdruck.

5) Der einzige Antriebs- (und gegebenenfalls Bestrafungs-)Mechanismus ist der Konsum, bzw. die Beschränkung oder das Vorenthalten von Konsummöglichkeiten. Konsumgüter sind auch durch Aktivitäten in der grauen Ökonomie immer leichter verfügbar – natürlich um den Preis der Gefahr, sich zu kompromittieren.

6) Die grundlegende „bewegende“ Kraft ist paradoxerweise die Bewegungslosigkeit, das auf allem lastende Beharrungsvermögen; das kulissenhafte öffentliche Leben spielt sich in einer desorientierenden Zeitlosigkeit ab.

Einstweilen sieht es nicht so aus, als tauchte am Horizont ein einzelnes Beiwort zu „Regime“ auf, das die spezifische – weder „totalitär“ noch „autoritär“ zu nennende – Art und Weise erfassen würde, in der die tschechoslowakische Gesellschaft der Normalisierungszeit beherrscht oder vielmehr passiv gehalten wurde. Vladimíra Dvořáková und Jiří Kunc, die Autoren der ersten tschechischen Monografie zum Thema „Übergang zur Demokratie“, haben gewitzt Zuflucht zu einer „Kompromiss“-Lösung genommen: Sie bezeichneten dieses Regime als „posttotalitär autori-

tär (posttotalitně autoritářský)<sup>8</sup>. Doch auch Miloš Havelka entzieht sich dem Problem, wenn er bei seiner Weigerung bleibt, das Regime nach 1956 als im eingeführten, „strengen Sinne“ des Wortes totalitär zu nennen.<sup>9</sup> Im „schwachen Sinne“ des Wortes scheint es also totalitär zu sein. Was das genau bedeutet, erschließt sich dem Leser aber leider nicht.

Ich denke nicht, dass solche salomonischen Lösungen wenn schon nicht die wundersame Vitalität, so doch zumindest das überraschende Beharrungsvermögen dieser „Post“-Regime hinreichend erfassen können. Genauso wenig erfassen sie die unterschätzten Schwierigkeiten bzw. Risiken auf dem Weg des Übergangs von den jeweiligen Regimen zur verfassungsmäßigen Demokratie, zum Rechtsstaat und zur Marktwirtschaft. Sollte ich dennoch das für mich treffendste dieser Konzepte auswählen müssen, würde ich für den Typus des tschechoslowakischen Normalisierungsregimes das Attribut „posttotalitär“ wählen. Diesem würde ich allerdings ein anderes als das Adjektiv „autoritär“ zur Seite stellen, das nüchterner und zugleich auch skeptischer und weniger dämonisierend wäre: „sich haltend (udržovací)“ oder „im Niedergang begriffen (upadající)“. Ich denke jedoch nicht, dass das Problem damit gelöst wäre. Wir sind weiterhin aufgerufen, eine adäquate Charakterisierung zu finden. Ich bezweifle, dass sie beides zugleich, das heißt aus nur einem Wort bestehen und treffend sein kann. Auch die Charakterisierung als „posttotalitär repressiv“ kommt der uns bekannten Realität vielleicht nahe.

Es geht darum, den Kern des Problems bzw. Rätsels knapp auszudrücken: Nämlich, dass die Gesellschaft der Normalisierungszeit infolge gezielter totalitärer Praktiken stillgelegt war, welche zwar bereits abklagen, sie aber noch nicht durch die Elemente gesellschaftlichen Lebens aktiviert wurde, die ein autoritäres System toleriert bzw. beibehält. Ich wage es, die Tschechoslowakei zur Zeit der Normalisierung zwischen 1969 und 1989 daher wie folgt zu beschreiben – wenn auch leider nicht knapp und treffend in einen Begriff zu fassen: als ein Regime, das mit erlahmenden repressiven Mitteln den machtmäßigen Status quo aufrechterhält, in einer Gesellschaft, die durch das ursprünglich totalitäre System auf Dauer zerstört bleibt.

Diese Art von Gesellschaft habe ich ohne die geringsten theoretischen Ambitionen in der umfangreichen Studie „Sociální a ekonomický vývoj Československa v 80. letech“ beschrieben,<sup>10</sup> um die mich die aus dem tschechoslowakischen Exil stammenden Organisatoren der Tagung „Tschechoslowakei 1989“ im September 1989 gebeten hatten. Diese Konferenz fand damals im bayerischen Franken statt und wurde von der Gesellschaft „Opus bonum“ bzw. dem Abt Jan Anastás Opasek ausgerichtet. In dieser ziemlich gründlichen Beschreibung funkelte nicht der geringste

<sup>8</sup> *Dvořáková, Vladimíra/Kunc, Jirí*: O přechodech k demokracii [Von den Übergängen zur Demokratie]. Praha 1994.

<sup>9</sup> *Havelka*: Vergleich des Unvergleichbaren 318 (vgl. Anm. 1).

<sup>10</sup> *Pitbart, Petr*: Sociální a ekonomický vývoj Československa v 80. letech [Soziale und ökonomische Entwicklung der Tschechoslowakei in den 80er Jahren]. Der Text, der in englischer Übersetzung 1990 in der Zeitschrift „East European Reporter“ 4 (1990) H. 1 u. 2 publiziert wurde, erschien in tschechischer Sprache unter dem Titel: Československo '89 [Tschechoslowakei '89]. In: *Ders.*: Dějiny a politika. Eseje a úvahy z let 1977-1989 [Geschichte und Politik. Essays und Betrachtungen aus den Jahren 1977-1989]. Praha 1990, 345-361.

Hoffnungsschimmer, nicht die leiseste Vorahnung des euphorischen Aufbruchs, der sich unmittelbar darauf, im November und Dezember 1989 vollziehen sollte. So einfach hatte ich den Fall, die Implosion des Regimes in der Tat nicht vorhergesehen. Was wie ein zufälliger Mangel an Voraussicht erscheinen könnte, lässt sich jedoch einigermaßen zufriedenstellend auch als „berechtigte Skepsis gegenüber den Möglichkeiten rascher und zugleich grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen“ übersetzen. Oder aber als späte Anleitung für die Leser der 1990er Jahre: Lesen Sie alle „Der alte Staat und die Revolution“ von Alexis de Tocqueville.<sup>11</sup> „... Da steht alles drinnen ...“, wie Voskovec und Werich über das biblische Buch Samuel singen. Übrigens: Miloš Havelka hat seinem Aufsatz gerade Worte dieses genialen französischen Beobachters politischer Prozesse als treffliches Motto vorangestellt. Als Zeichen des Einverständnisses mit den Intentionen seiner Studie möchte ich wie er Tocqueville paraphrasieren: Wie radikal die Revolution auch gewesen sein mag, so hat sie doch weit weniger Neues gebracht, als man gewöhnlich annimmt.

Aus dem Tschechischen von Markus Sedlaczek

---

<sup>11</sup> *Tocqueville*, Alexis de: Der alte Staat und die Revolution. Übersetzt von Theodor Oelckers. München 1978. Das französische Original „L'ancien régime et la révolution“ wie auch der tschechische Titel „Starý režim a revoluce“ enthalten den hier verhandelten Begriff „Regime“.